



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 07. November 2025 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zurückliegende Sitzungswoche hat gezeigt: Wir arbeiten im Bundestag mit Nachdruck daran, unser Land spürbar zu entlasten – Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Verwaltung. Mit der Abschaffung der Gasspeicherumlage zum 1. Januar 2026 lösen wir ein zentrales Versprechen ein und sorgen für echte Entlastung – nicht nur beim Gaspreis, sondern auch beim Strom. Gleichzeitig stärken wir unsere Industrie mit einem neuen CCS/CCU-Gesetz, das die CO₂-Abscheidung und -Nutzung rechtssicher ermöglicht. Ein technologischer Durchbruch – nicht nur fürs Klima, sondern auch für den Industriestandort Deutschland.

Auch in der Landwirtschaft setzen wir Wort und Tat: Die vollständige Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung, Bürokratieabbau durch die Digitalisierung der Agrarstatistik und flexiblere Regeln für Saisonarbeitskräfte sind konkrete Maßnahmen, die bei den Betrieben ankommen. Im Gesundheitswesen verbessern wir die Bedingungen für Pflegekräfte und entlasten mit gezielten Beitragsanpassungen die gesetzlichen Krankenkassen.

Ein weiterer Schwerpunkt: Die Bekämpfung illegaler Migration. Die Zahlen sprechen für sich – ein Rückgang der Asylerstanträge um über 55 % im Vergleich zum Vorjahr. Wir sehen: Unsere Maßnahmen wirken. Gleichzeitig braucht es eine ehrliche Debatte über Rückführungen – auch nach Syrien, wenn der Fluchtgrund weggefallen ist. Hier braucht es klare Vereinbarungen, Verantwortung und rechtssichere Verfahren.

Und nicht zuletzt: Sicherheit im Alltag. Mit härteren Strafen für Geldautomatensprengungen und besserer Verfolgung organisierter Sprengstoffkriminalität schützen wir, was den Menschen wichtig ist.

Außerdem traf ich spannende Gesprächspartner aus Myanmar und Westafrika.

All das zeigt: Diese Woche war ein echter Meilenstein. Für Entlastung, Ordnung und Zukunftsfähigkeit – mit klarer Handschrift der CDU/CSU.

Herzlich,

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Klares Signal für unsere Landwirtschaft**
- **Industrie stärken, Standort sichern**
- **Sicherheit ist kein Luxus – sondern Kernaufgabe**
- **Friedensinitiativen in Myanmar und Westafrika**

Klares Signal für unsere Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft in Deutschland steht seit Jahren unter großem Druck: steigende Betriebskosten, zunehmende Bürokratie, Fachkräftemangel und internationale Wettbewerbsverzerrungen. In der vergangenen Sitzungswoche hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag deshalb konkrete Maßnahmen durchgesetzt, um unsere landwirtschaftlichen Betriebe gezielt zu stärken.

Ein zentrales Signal ist die vollständige Wiedereinführung der Agrardieselrückvergütung, die viele Betriebe dringend benötigen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch der digitale Umbau der Agrarstatistik soll für spürbare Entlastung sorgen – weniger Papier, weniger Zeitaufwand, mehr Übersicht. Gleichzeitig werden die Bedingungen für den Einsatz von Saisonarbeitskräften flexibilisiert, damit Arbeitskräfte dann zur Verfügung stehen, wenn sie gebraucht werden.

Darüber hinaus wird der Zugang zu Investitionen erleichtert, z. B. in moderne Technik oder klimafreundliche Stallbauten. So verbindet sich wirtschaftliche Tragfähigkeit mit Umweltverantwortung.

Standpunkt: *Unsere Landwirte brauchen nicht nur warme Worte – sie brauchen konkrete Entlastung und Planungssicherheit. Wer Ernährungssouveränität ernst meint, muss auch die Betriebe im eigenen Land ernst nehmen.*

Deshalb war es richtig, die Agrardieselrückvergütung wieder einzuführen und unnötige bürokratische Hürden abzubauen.

Die CDU/CSU-Fraktion steht für eine Landwirtschaft mit Zukunft – wirtschaftlich stark, ökologisch verantwortlich und gesellschaftlich anerkannt. Dafür braucht es nicht mehr Reglementierung, sondern mehr Vertrauen, Anreize und verlässliche Rahmenbedingungen. Wir werden diesen Weg weitergehen – mit und für die Menschen, die täglich für unsere Ernährung arbeiten. •

Industrie stärken, Standort sichern.

Die deutsche Industrie steht vor einem doppelten Wandel: Sie soll klimafreundlicher werden – und gleichzeitig im globalen Wettbewerb bestehen. In der vergangenen Sitzungswoche hat der Bundestag mit einem CCS-/CCU-Gesetzespaket (Carbon Capture and Storage / Carbon Capture and Utilisation) eine wichtige Grundlage geschaffen, um genau diesen Spagat zu ermöglichen.

Konkret wird es künftig rechtlich möglich, CO₂ aus industriellen Prozessen gezielt abzuscheiden, zu speichern oder wiederzuverwerten. Diese Technologien sind entscheidend, um insbesondere in sogenannten „unvermeidbaren Emissionen“ – etwa in der Zement-, Kalk- oder Stahlproduktion – klimaneutral zu werden.

Der neue Rechtsrahmen schafft Investitionssicherheit für Unternehmen, fördert Innovationen und macht Deutschland als Industriestandort zukunftsfähig.

Parallel werden bestehende Verfahren vereinfacht und Planungszeiten verkürzt – ein weiteres Signal an die Wirtschaft, dass Transformation nicht Stillstand heißen muss, sondern auch mit Wettbewerbsfähigkeit vereinbar ist.

Standpunkt: Die Zukunft unserer Industrie entscheidet sich jetzt. Wer sichere Arbeitsplätze, nachhaltiges Wachstum und Klimaschutz zusammenbringen will, muss technologische Lösungen ermöglichen – nicht blockieren. Mit dem CCS-/CCU-Gesetz schaffen wir dafür einen wichtigen Baustein.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: Technologieoffenheit und wirtschaftliche Vernunft gehören zusammen. Eine moderne Klimapolitik muss Innovationen fördern statt Ideologien zu bedienen. Unsere Industrie braucht keine Abwanderungsdebatten – sie braucht Verlässlichkeit, Investitionssicherheit und politische Führung mit Weitblick.

Deutschland kann Industrieland bleiben – wenn wir den Mut haben, mit Forschung, Effizienz und neuen Technologien voranzugehen. •

Sicherheit ist kein Luxus – sondern Kernaufgabe.

In der vergangenen Sitzungswoche hat der Bundestag entscheidende Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit beschlossen. Besonders im Fokus: die zunehmende Zahl von Geldautomatensprengungen durch hochprofessionell organisierte Banden. Die Schäden für Banken, Geschäfte und vor allem Anwohnerinnen und Anwohner sind enorm – oft kommt es auch zu lebensgefährlichen Situationen.

Mit einer Verschärfung des Strafrechts reagiert der Gesetzgeber nun konsequent: Geldautomatensprengungen werden künftig als eigenständiger Straftatbestand geahndet – mit deutlich höheren Strafandrohungen. Zudem wird der Einsatz von Sprengstoff durch kriminelle Gruppen härter verfolgt und gesetzlich besser erfasst. Parallel dazu erhalten Polizei und Justiz bessere Befugnisse zur Aufklärung und Verfolgung organisierter Kriminalität.

Auch jenseits dieses konkreten Falls wird deutlich: Staatliche Schutzpflichten enden nicht an der Haustür. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass der Rechtsstaat stark, sichtbar und handlungsfähig bleibt – gerade in Zeiten wachsender Bedrohungslagen.

Standpunkt: Innere Sicherheit ist keine Nebensache – sie ist Grundbedingung für Freiheit, Vertrauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Deshalb ist es richtig, dass wir bei organisierter Kriminalität, insbesondere bei Sprengstoffdelikten und bandenmäßigem Vorgehen, nun klare Kante zeigen.

Die CDU/CSU-Fraktion steht dabei für einen starken und wehrhaften Rechtsstaat: Polizisten müssen besser geschützt, Ermittler besser ausgestattet, Straftäter konsequenter verfolgt werden. Gleichzeitig braucht es Prävention, Vernetzung und digitale Ermittlungsmöglichkeiten, um Täterstrukturen frühzeitig zu erkennen und zerschlagen zu können.

Wer unser Land schützen will, muss handeln – nicht nur reden. Diese Woche war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. •

Zivilgesellschaft in Myanmar im Fokus.

Die dramatische Lage in Myanmar ist aus dem Fokus der Weltöffentlichkeit geraten – dabei ist das Land laut internationalen Konfliktanalysen derzeit einer der gefährlichsten Orte der Welt. Umso wichtiger sind direkte Gespräche mit mutigen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen vor Ort.

In der vergangenen Woche hatte ich die Gelegenheit, auf Vermittlung von Brot für die Welt mit Frau Nang von der *Women's League for Burma* zusammenzutreffen – einem Dachverband ethnischer Frauengruppen, der seit dem Militärputsch 2021 eine zentrale Rolle im gewaltfreien Widerstand und beim Aufbau demokratischer Strukturen spielt.

Deutlich wurde, wie wichtig internationale Unterstützung für die Zivilgesellschaft ist – gerade für jene, die sich für politische Emanzipation, soziale Gerechtigkeit und föderale Demokratie einsetzen. Die *Women's League of Burma* engagiert sich in oppositionellen Bündnissen wie dem *National Unity Consultative Council* und steht stellvertretend für die Stärke von Frauen in Konfliktregionen.



Das Gespräch hat mich beeindruckt – und motiviert, im Rahmen meines außenpolitischen Engagements für Menschenrechte, politische Teilhabe und Frieden einzutreten, auch wenn die Weltöffentlichkeit gerade woanders hinschaut. •



Wo Hoffnung wächst – Friedensperspektiven aus Westafrika.

Unter meiner Schirmherrschaft fand heute früh ein parlamentarisches Frühstück zur Rolle zivilgesellschaftlicher Friedensakteure in Westafrika statt – organisiert von der Robert Bosch Stiftung in Zusammenarbeit mit starken Partnerorganisationen aus Burkina Faso, Ghana und Côte d’Ivoire.

Ich freue mich über den großen Zuspruch, den die Veranstaltung bei Kolleginnen und Kollegen, auch aus anderen Fraktionen, sowie bei Vertreterinnen und Vertretern von Bundesregierung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft gefunden hat. Der intensive Austausch mit den Gästen aus Westafrika hat erneut gezeigt: Frieden entsteht nicht durch Erlasse von außen, sondern dort, wo Menschen vor Ort Verantwortung übernehmen, zuhören, vermitteln – und damit Hoffnung stiften, oft unter schwierigsten Bedingungen.

Das sogenannte Kapok-Konsortium, das in mehreren Ländern der Region tätig ist, steht exemplarisch für diesen Ansatz lokaler Friedensarbeit. Ob durch Mediation, gesellschaftlichen Dialog oder Bildungsprojekte: Die Akteure beweisen, dass nachhaltige Stabilität möglich ist – auch ohne große Schlagzeilen, aber mit großer Wirkung.

Als Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist mir wichtig, dass diese lokalen Perspektiven stärker Eingang finden in unsere außenpolitischen Debatten und Entscheidungen. Westafrika darf nicht nur als Krisenregion betrachtet werden – sondern als Teil unserer gemeinsamen Verantwortung für Sicherheit, Entwicklung und Zukunft.

Mein Dank gilt allen Beteiligten – vor allem der Robert Bosch Stiftung und unseren Gästen aus Westafrika – für diesen anregenden Morgen und das gemeinsame Engagement für Frieden. •

Die gute Nachricht der Woche

Europa plant Hochgeschwindigkeitsnetz.

Es klingt visionär: Das geplante europäische Hochgeschwindigkeitszugnetz verspricht echte Mobilitätsrevolution. In diesem Konzept der EU-Kommission sollen Reisende von München nach Rom künftig in etwa sechs Stunden unterwegs sein – statt heute neun oder mehr. Auch die Verbindung Berlin – Kopenhagen soll bis 2030 auf rund vier Stunden schrumpfen.

Hinter dem ehrgeizigen Plan steht mehr als schnellerer Verkehr: Es geht um grenzüberschreitende Verbindungen, um eine echte Alternative zum Kurzstreckenflug und um nachhaltige Mobilität auf der Schiene. Technik mit bis zu 250 km/h und mehr, die Installation einheitlicher Signalsysteme (ERTMS) sowie ein modernes Buchungs- und Fahrgastrechte-System sollen Bahnfahren einfacher, attraktiver und klimafreundlicher machen.

Noch gibt es große Aufgaben – insbesondere was Infrastruktur, Investitionen und Bauzeiten anbelangen. Doch der Wille ist erkennbar, Europa enger zu verbinden, Mobilität zu definieren neu als gemeinsamen Raum der Möglichkeiten. •